

wir im Osten gut engagiert gewesen wären, über uns herzufallen, um ich brauche nicht anzuführen, in welche zweifelhafte Lage wir geraten wären. Nur eine mit sicheren Garantien umgebene Neutralität konnte uns davor schützen. Eine solche Garantie aber war wiederum nach dem Urteil der zuständigen militärischen Instanzen nur gegeben, wenn in den Gürtel der uns vorgelegten französischen Festungen und Sperrforts ein Loch gesprengt wurde. Am Vaterland hätte ich mich in seiner höchsten Not verständigt, wenn ich über dieses militärische Urteil hinweggegangen wäre. Nur die Haltung Frankreichs hat es dahin gebracht, daß seine Neutralität nicht aktuell und die Frage nach der Garantierung in den durch die Instruktion vom 31. Juli vorgegebenen Formen überhaupt nicht zur Entscheidung kam.

Aber ich möchte die französischen Staatsmänner, die von dieser Instruktion sehr so viel Ausgehens machen, daran erinnern, daß Deutschland am darauffolgenden Tage noch eine andere Form der Neutralitätsgarantie vorschlug,

eine Form, die längst durch offizielle Publikation bekannt gemacht ist, und die sich auf eine gar nicht ausgeführte Instruktion bezieht. Als sich uns die leider auf einem Mißverständnisse beruhende Aussicht eröffnete, daß der Krieg durch das Dazwischentreten Englands durch den Osten lokalisiert werden könnte, haben wir ausdrücklich erklärt, daß uns eine von Frankreich erklärte Neutralität oblige Gewähr biete, falls sie von England garantiert werde. Nichts kann schärfer und ungewandelter dastehen, daß wir dabei es auf keinerlei der Ehre Frankreichs zu nahe tretende Handlung, geschweige denn auf einen Ueberfall Frankreichs abgesehen hatten, daß wir vielmehr bis zum letzten Augenblick zu allem bereit waren, was diese Weltkatastrophe abwenden konnte. Die feindlichen Staatsmänner sollten, wie ich meine, ihre Völler, wenn sie über die wahre Sachlage aufklären wollten, an diese Tatsachen erinnern, anstatt ihren Kriegswillen mit ausgegebenen Instruktionen aufzupolieren, die nichts und gar nichts beweisen. WTB.



Rückkehr von SMU. WOLFF nach 36 monatlicher Kreuzfahrt

Kriegssteuern bei uns und unseren Feinden. *)

IV. (Schluß.) Rußland.

Rußland zog die Steuerhaupe anfänglich aus dem schon erwähnten Grund energisch an und führte schon Ende 1914 und Anfang 1915 ein ganzes Steuerbüchlein ein, durch welches die Post- und Telegraphen-, Telephon- und Eisenbahngeldern, die Grund-, Erwerbs-, Streichhölzer-, Zigaretten-, Zucker-, Tee-, Tabak- und Stempelfeuern erhöht wurden und eine Wechselsteuer neu eingeführt wurde. Aus diesen Steuern wurden etwas über eine Milliarde Mark Steuererträge erwartet. Dann folgte 1916 aber nur noch die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer, einer Vermögens- und Totalabgabensteuer, eine Erhöhung der Brennweinabgaben, der Tabak-, Zucker-, Tee-, Pfeffer- und Kaffeesteuern, deren Ertrag zusammen auf eine halbe bis dreiviertel Milliarde Mark verlangt wurde.

Domit war in Rußland die Steuerlast und Steuerkraft ziemlich erschöpft, was namentlich mit der Befehung großer russischer Gebiete durch die Deutschen und mit den überaus kurzen Logungen der Duma zusammenhing. Die neue republikanische Regierung verließ ihrerseits anfangs große direkte, namentlich Einkommens- und Vermögenssteuern, konnte sie aber nicht durchsetzen und arbeitete schließlich mit einer nie vorausgesehenen Inanspruchnahme der Notpresse. Neuerdings ist man zur Einführung einer Reihe von Monopolen geschritten, für die zum Teil Vorarbeiten vorliegen (Getreide-, Zucker-, Baumwollmonopol). Ferner wird ein Lotteriemonopol beabsichtigt. Aus diesem Monopol erhofft die Regierung mehrere Milliarden Mark. Was aber unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Erfüllung gehen wird, ist schwer zu übersehen.

Die russische Kriegsgewinnsteuer sieht 50 Prozent des Gewinns als Höchstmaß vor, trifft aber nur Kriegsgewinne, die mehr als 8 v. H. vom Stammkapital ausmachen, während in den anderen Ländern meist 6 v. H. als Norm gelten.

Frankreich.

Am längsten hat sich unter unseren Gegnern Frankreich gegen die Einführung der Kriegssteuern gestäubt. Hier wurde im Gegenteil die Einführung der kurz vor Kriegsbeginn beschlossenen Einkommensteuer nach Kriegsausbruch zunächst bis Anfang 1916 vertagt. Dabei wird man allerdings berücksichtigen müssen, daß Frankreich gleich zu Kriegsbeginn den höchsten militärischen Druck auszuhalten hatte und einen industriellen Teil seines Landes an die Deutschen verlor. Zu der genannten Einkommensteuer trat Ende Juni 1916 eine Erhöhung der Brennweinsteuer um 120 Millionen Mark. Erst gegen 1916 entschloß sich Ribot sodann, eine größere Steuerreform vorzuliegen, die annähernd eine halbe Milliarde pro Jahr einbringen sollte und neben einer Ausdehnung und Erhöhung der Einkommensteuer und einer Erhöhung der Kopfsteuer, sowie einer Verdoppelung der taxes assimilées gewisse Verbrauchsgüter wie Wein, Bier, Zucker und

*) Siehe „Gesellschaft“ Nr. 22, 23 und 24.

Tabak stärker erhöhte. Außerdem wurde eine außerordentliche Kriegsteuer (Kopfsteuer von 12 Frs. und 25 v. H. Einkommensteuerzuschlag für nicht aktiv militärisch tätige Wehrpflichtige), eine Familien-, Mineralwasser-, Grundbesitz-, Vermögens- und Kolonialwarensteuer eingeführt. Endlich wurden die Post-, Telegraphen- und Telephongebühren erhöht. Anfang 1917 erließ man weiterhin einige sogenannte „alten Steuern“ (Potenzsteuer, Personal-, Mobiliarsteuer, Tür- und Fenstersteuer) durch moderner Steuerarten (taxe civique) eine Steuer auf Handels- und Industriegewinne, Steuern auf landwirtschaftliche Erträge, auf Beförderungen, auf Gewinne aus freien Berufen, sowie aus Einkünften aus Sparkassen- und Depostentlagen). Alle Steuern zusammen machen aber noch nicht eine Milliarde Mark aus.

Mitte 1917 legte die Regierung ein weiteres größeres Steuerprogramm vor, aus dem man etwa eine Milliarde Mark Erträge erwartete, in welchem vor allem Eisenbahntarifgebühren- und -steuern, Verbrauchs- und Luxussteuern, endlich eine Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer vorgesehen waren. Letztere war Anfang 1918 eingeführt worden und hatte als Höchstmaß 50 Prozent, später 60 Prozent und soll auf 80 Prozent gesteigert werden. Genehmigt scheinen diese Steuern aber noch nicht zu sein.

Bereinigte Staaten von Amerika.

Besonders heftig haben die Vereinigten Staaten die Steuerhaupe angezogen. Schon durch Gesetz vom 8. September 1916 waren dort neue Steuern in Höhe von 800 bis 900 Millionen Mark als Zuschläge zur Einkommens-, Körperschafts- und Erbschaftsteuer eingeführt worden. Nach Eintritt in den Krieg wurde ein neues, großes Steuerprogramm vorgelegt, welches zu einer Steuererhöhung von nicht weniger als 10 Milliarden Mark pro Jahr führte, wovon allerdings etwa 8 Milliarden auf Kriegsgewinne entfielen, also einmaligen Charakter trugen. 4 Milliarden Mark stießen aus der Erhöhung der Einkommensteuer, der Rest aus indirekten Steuern aller Art (Brennwein, Wein, Zigaretten, Zigaretten, Kolonialwaren, Transport- und Reise Steuern und Theaterkonzessionen).

Tagesneuigkeiten.

Der Kaiser an den kurländischen Landesrat.

Berlin, 15. März. WTB.

Der Kaiser hat dem Baron Rader-Rathso in Mailand als Vorsitzenden des kurländischen Landesrats folgenden Telegramm geschickt: Mit herzlichster Freude habe ich die mir im Namen des kurländischen Landesrates überbrachten treuen Grüße empfangen. Mein Herz ist tief bewegt und von Dank gegen Gott erfüllt, daß es mir vergönnt gewesen ist, deutsches Land und deutsche Kultur vor dem Untergang zu retten. Gott segne Ihr Land, dem deutsche Teure, deutscher Mut und Ausdauer das Gepräge gegeben haben. Wilhelm I. R.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 15. März. WTB.

Am kommenden Montag wird der Haushaltsplan für das künftige Amt in der Volkserammlung zur Beratung kommen, am Dienstag der Friedensvertrag mit Rumänien und am Mittwoch die Kreditvorlage. Die folgenden Tage

bis zum Beginn der Osterferien sollen der weiteren Staatsberatung gewidmet sein.

Schwedens Preisgabe an die Feinde Deutschlands.

Stockholm, 15. März. WTB.

„Svenska Dagbladet“ schreibt: Bei einer Versammlung, die in Solenborg zwischen mehreren bekannten Rednern und Vertretern der Regierung stattfand, wie „Solenborgs Morgenpost“ erzählt, die Regierung um Abgabe von weiteren 400 000 Tonnen schwedischer Tonnage an die Entente gebeten. Die Vertreter der Reederei sehen diesem Vorschlag natürlich bedenklich gegenüber, es scheint indessen, als ob die Regierung ihre Hände schon im Voraus gebunden und die Handelsflotte Schwedens verschont hätte, ohne die Befürworter zu fragen. Es wurde nämlich angedeutet, daß, wenn die Reederei sich nicht entgegenkommend stellen, die Regierung von dem Entschlagnungsgebot Gebrauch machen und die Tonnage zwangsweise requirieren würde.

Errichtung einer finnischen Gesandtschaft in Berlin.

Berlin, 15. März. WTB.

Nachdem in Vorausschau der Befestigung des abgeschlossenen Friedensvertrages die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland aufgenommen worden sind, ist in Berlin eine finnische Gesandtschaft eingerichtet worden, die unter der Leitung des Gesandten Wikl. Staatsrats Dr. Nieli ihre Tätigkeit begonnen hat.

Fortgesetzte russische Unterstützung der roten Wägen in Finnland.

Haparanda, 15. März. WTB.

In Finnland treffen täglich Waffen, Munition und Truppen für die rote Armee ein. Am 6. März kamen beispielsweise in Helsingfors 3 Eisenbahnwagen mit Schrapnells, 6 Wagen Karabiner, 20 Maschinengewehre und 2 Wagen mit Gewehren an.

Ein Ultimatum der Entente an Holland.

Amsterdam, 15. März. WTB.

Der Vertreter des Vols-Bureaus in Amsterdam erklärt, daß der englische Gesandte im Haag im Namen der alliierten Regierungen und der Vereinigten Staaten von Holland die Auslieferung seines gesamten Schiffsraums gegen entsprechende Frachtraten und Ertrag der torpedierten Schiffe nach dem Kriege für Fahrten auch innerhalb des Sperrgebietes verlangt hat. Der holländischen Regierung wurde zu ihrer Antwort eine Frist von acht Tagen eingeräumt. Falls dieser Forderung der alliierten Regierungen nicht nachgegeben werden sollte, würden die holländischen Schiffe in den Häfen der Vereinigten Staaten requiriert und die auf See befindlichen holländischen Schiffe beschlagnahmt werden. Außerdem würde an Holland in diesem Falle von den alliierten Regierungen kein Brotgetreide geliefert werden.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt zu der Mitteilung des Ministers des Äußeren, daß die Alliierten ihre tatsächliche Macht über einen großen Teil der niederländischen Flotte ausbreiten. In London und wo man auch hinkommt, macht man große Worte über den Neubau von Schiffen und redet geringschällig über die geringen Erfolge der Usterferboots, doch mittlerweile legt man sich die Dammenschauben an, um uns so viel wie möglich von unserer Flotte wegzunehmen. Wenn von allen schönen Worten, die auf der anderen Seite des Ozeans geredet werden, auch nur die Hälfte erst gemeint wäre, würden wir noch einiges Vertrauen in das Gelingen der Unterhandlungen haben können, aber die Tatsachen haben uns so oft enttäuscht, daß wir gegenüber den drüber gesprochenen Worten mehr skeptisch geworden sind.

In der Berliner Presse wird das Ultimatum an Holland als ein Zeichen der Not Englands behandelt. Das Ultimatum an Holland ist ein Schrei Englands nach Schiffsraum, sagt die „Vossische Zeitung“, während die „Deutsche Zeitung“ meint, nach dem Geiste des Entente-Ulтимatums an Holland scheinen unsere Feinde in ihrer Verzweiflung zu allem entschlossen. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Für Holland sowohl wie für alle übrigen neutralen und kleinen Staaten ist das Ultimatum eine sehr erste Leere. Man sollte annehmen, heißt es im „Lokal Anzeiger“, daß ein Schrei der Entlastung durch die neutrale Welt gehen würde, doch sind wir, was solche Entlastungsversuche gegenüber Gewalttaten der Verbandsstaaten anlangt, durch die Erfahrungen des Krieges einigermaßen skeptisch geworden. Ein anderes dagegen ist jenenklar; daß sich England und seine Gesandtschaft jetzt zu dieser unverhältnißreichen Gewaltpolitik ernst offen haben, die alle seinen und Wilsons immer wieder vorgebrachten Phrasen ins Gesicht schlagen, ist der beste Beweis dafür, wie ihm der U-Boot-Krieg die Kehle zugeschnitten hat.

Die Lage in Irland.

Dublin, 15. März. WTB.

„Daily News“ berichten aus Dublin in Irland, daß die gesamte Großstadt Clare militärisch abgesperrt ist. Man werde nur noch mit Militärkavaliers durch die Sperrung gelassen. Der telegraphische, telephonische und elektrische Verkehr, sowie die lokale Presse unterstünden einer scharfen Zensur. Nach Meldungen aus Kilmoch in der Grafschaft Mayo eilten dort am 1. März 250 Freiwillige eine sogenannte Proklamation, daß sie sich freiwillig zu den Grundbesitzern bekennen, für die ihre Führer eingekerkert seien und kein anderes Gesetz anerkennen, als das der

